



aktuell.

Informationen für die Medien

**Uwe Fröhlich, Präsident
des Bundesverbandes der
Deutschen Volksbanken und
Raiffeisenbanken (BVR)**

Statement

Es gilt das gesprochene Wort!

Jahrespressekonferenz

9. März 2010

Bundesverband der
Deutschen Volksbanken und
Raiffeisenbanken • BVR

Pressesprecherin:
Melanie Schmergal

Schellingstraße 4
10785 Berlin
Telefon: (030) 20 21-13 20
Telefax: (030) 20 21-19 05

Internet: www.bvr.de
E-Mail: presse@bvr.de

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

herzlich willkommen zur Jahrespressekonferenz des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR)! Wir möchten Ihnen die Geschäftsentwicklung der inzwischen 1.156 Kreditgenossenschaften im vergangenen Jahr vorstellen, die zusammen betrachtet eine addierte Bilanzsumme von 690 Milliarden Euro aufweisen.

Meine Damen und Herren, ich möchte gleich auf den Punkt kommen: Die Genossenschaftsbanken bestanden auch den Stresstest des Krisenjahres 2009: Wir können über ein gutes Jahr für die Genossenschaftsbanken berichten. In Zeiten immer komplexerer Bankprodukte haben wir erfolgreich das traditionelle Bankgeschäft mit Krediten und Einlagen verfolgt. Aus 160-jähriger Tradition haben wir auf ganzheitliche kundennahe Beratung gesetzt. Wir bauen nach wie vor auf unser Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe, nicht auf die Hilfe des Steuerzahlers. Das mitgliederorientierte Modell der Genossenschaftsbanken hat sich auch im Wettbewerb erfolgreich ausgezahlt.

Mit einem Jahresüberschuss vor Steuern von knapp 3 Milliarden Euro, einem Ausbau der Marktanteile im Einlagen- und Kreditbereich und einem kräftigen Wachstum der Bilanzsumme auf 690 Milliarden Euro demonstrierten die 1.156 Volksbanken, Raiffeisenbanken, Sparda-Banken, PSD Banken und genossenschaftlichen Spezialkreditinstitute in Deutschland eindrucksvoll ihre Ertragskraft.

Gemeinsam gelang es uns, unsere Marktposition sowohl im Kreditgeschäft als auch im Einlagengeschäft deutlich auszubauen. Dabei haben wir als vorsichtige Kaufleute die Dotierung der Vorsorgereserven nicht aus den Augen verloren, die allein mit 2,4 Milliarden Euro gespeist wurden. Damit sind wir auf die konjunkturellen Herausforderungen des Jahres 2010 und den weiter wachsenden Konditionenwettbewerb im Kundengeschäft gut vorbereitet.

In Zeiten der Unsicherheit an den Finanzmärkten setzten die Kunden ihr Vertrauen maßgeblich in die Kreditgenossenschaften. Vor allem im Einlagenbereich verzeichneten die deutschen Genossenschaftsbanken deutliche Zuwächse. Der Bestand beträgt mittlerweile einschließlich Inhaberschuldverschreibungen knapp 512 Milliarden Euro.

Das Kreditgeschäft der Genossenschaftsbanken legte über alle Kundengruppen hinweg gegen den Markttrend um 3,5 Prozent auf 390 Milliarden Euro zu. Damit sind wir Marktführer im Kreditwachstum.

Zur stabilen Finanzierung der mittelständischen Wirtschaft in Deutschland tragen die Volksbanken und Raiffeisenbanken maßgeblich bei, indem sie Unternehmen verstärkt mit Kredit- und Eigenmitteln ausstatten.

Mit einem Kreditvolumen bei inländischen nicht-finanziellen Firmenkunden – Unternehmen und wirtschaftlich selbstständigen Privatpersonen – in Höhe von knapp 166 Milliarden Euro erzielten die Genossenschaftsbanken in 2009 netto sogar ein Wachstum von 3,8 Prozent. Trotz der schwachen Konjunktur legten die Firmenkredite der Volksbanken und Raiffeisenbanken gegen den Markttrend auch im Jahresverlauf stetig zu. Bereits seit Anfang 2007 weitete sich das Kreditvolumen in jedem Quartal aus. Dadurch konnten die Genossenschaftsbanken ihren Marktanteil bei den Firmenkrediten von 13,2 Prozent Ende 2008 auf 14,3 Prozent Ende 2009 deutlich ausweiten, den höchsten Stand seit der Einführung des Euro.

Bei der Kreditvergabe an Gewerbekunden – also an wirtschaftlich Selbstständige – kommt mittlerweile mehr als jeder vierte Euro oder 27,1 Prozent von den Volksbanken und Raiffeisenbanken. Vor zehn Jahren lag dieser Marktanteil noch bei 22,5 Prozent.

Dieses Kreditwachstum der Genossenschaftsbanken ist umso bemerkenswerter als im gleichen Zeitraum die Kreditbestände bei den Landesbanken, den Großbanken, den Regionalbanken und den Zweigstellen ausländischer Banken zurückgingen. Der Bestand an Firmenkrediten aller Banken in Deutschland lag Ende 2009 um 3,6 Prozent niedriger als ein Jahr zuvor. Dies zeigt, dass wir in Zeiten, in denen viele Banken schwächeln oder mit sich selbst beschäftigt sind, gezielt unsere Marktchancen nutzen.

Beim Thema Eigenkapital besteht bei vielen mittelständischen Unternehmen zunehmend ein Engpass. Diese Kennziffer ist aber gerade in Zeiten eines schwierigen konjunkturellen Umfeldes wichtig. Daher bietet der genossenschaftliche FinanzVerbund über Tochtergesellschaften der genossenschaftlichen Zentralbanken DZ Equity Partner und die WGZ Initiativkapital schon seit mehreren Jahrzehnten Eigenkapital oder eigenkapitalähnliche Finanzierungsformen wie Beteiligungskapital und Mezzanine-Finanzierungen an. Diese Gesellschaften arbeiten eng mit den Volksbanken und Raiffeisenbanken vor Ort zusammen, um den Kunden auf diese Weise ein speziell auf den Mittelstand zugeschnittenes Leistungsspektrum aus Eigenkapital und nachrangigen Finanzierungen aus einer Hand mit sonstigen Kreditfinanzierungen anzubieten. Der FinanzVerbund stellt mit der DZ Equity Partner und der WGZ Initiativkapital zwei der derzeit wenigen Unternehmen in Deutschland, die Mezzanine-Finanzierungen anbieten – dies in einer

Größenordnung von 0,2 bis 20 Millionen Euro pro Finanzierung. Zum aktuellen Zeitpunkt sind entsprechende Eigenkapitalwerte in Höhe von rund 520 Millionen Euro in Unternehmen eingebracht.

Auch die Ergebnisentwicklung unserer Genossenschaftsbanken verlief sehr erfreulich. Trotz des allgemein schwierigen Marktumfeldes glichen die steigende Zinsspanne und die rückläufige Spanne bei den allgemeinen Verwaltungsaufwendungen die leicht sinkende Provisionsspanne aus. Das Teilbetriebsergebnis liegt mit 0,85 Prozent der durchschnittlichen Bilanzsumme deutlich über dem Vorjahreswert. Absolut stieg das Ergebnis aus dem operativen Geschäft um 33 Prozent auf 5,8 Milliarden Euro. Auch die Cost-Income-Ratio verbesserte sich um knapp fünf Prozentpunkte auf 70 Prozent.

Ganz nebenbei bemerkt: Im Jahr 2009 haben die Kreditgenossenschaften Ertragsteuern in Höhe von knapp 1,2 Milliarden Euro gezahlt. Die Genossenschaftsbanken waren damit einer der wichtigsten Steuerzahler in Deutschland. Sie zahlten fast doppelt so viel Steuern wie im Vorjahr und fast zehnmal mehr als die deutschen Großbanken zusammen im Jahr 2009.

Meine Damen und Herren, so erfreulich die Ergebnisse des Jahres 2009 für die Volksbanken und Raiffeisenbanken auch sind, für die nächsten Jahre wird es auch weiterhin unsere Aufgabe sein, uns fit für die Zukunft zu machen und unsere Wettbewerbsfähigkeit aus einer Position der Stärke heraus weiter zu verbessern.

Ziel der Genossenschaftsbanken bei der Ausrichtung ihrer Geschäftspolitik, die im Übrigen nicht irgendwo im Internet stattfindet, sondern ganz real vor Ort bei den Kunden, ist es stets, ihre Kunden ganzheitlich zu beraten und die Nr. 1 in der Mitglieder- und Kundenzufriedenheit zu sein. Das Genossenschaftsgesetz gibt uns den Auftrag, unsere Mitglieder in den Kreditgenossenschaften zu fördern. Unsere genossenschaftliche Vertriebskultur muss sich daher stets an den Bedürfnissen der Kunden ausrichten. Dazu brauchen wir Mitarbeiter, die in den Bereichen Mitarbeiteridentifikation und -qualität die Nr. 1 sind.

Entscheidendes Kriterium im Umgang mit den Kunden und damit auch für den langfristigen Geschäftserfolg sind dabei Offenheit und Transparenz in der Beratung. Wir freuen uns daher, dass das Modell der Genossenschaftsbank so viel Vertrauen in unseren Kunden weckt, dass wir im Krisenjahr 2009 250.000 zusätzliche Kunden gewinnen konnten. Gleichzeitig stieg die Zahl der Mitglieder, also der Teilhaber von Genossenschaftsbanken, von 16,2 auf 16,4 Millionen Menschen an. Zum Vergleich: Die Anzahl der Aktionäre beträgt in Deutschland mit 3,6 Millio-

nen weniger als ein Viertel davon. Während die Zahl der Aktionäre seit dem Jahr 2001 stetig sinkt, steigt die Anzahl der Mitglieder der deutschen Genossenschaftsbanken seit 1970 kontinuierlich an. Ein großer Teil der Mitarbeiter der Volksbanken und Raiffeisenbanken sind fest in soziale Netzwerke und in die Infrastruktur vor Ort eingebunden. Das motiviert zusätzlich, die Kunden fair und nachhaltig zu beraten.

Dennoch zeigen die jüngsten Untersuchungen von Finanztest zur Qualität der Anlageberatung, dass wir noch nicht überall dort sind, wo wir sein wollen. Wir nehmen die Untersuchungsergebnisse ernst und beziehen diese in unsere Arbeit ein.

Nicht zuletzt deshalb hat der genossenschaftliche FinanzVerbund einen Vorschlag der Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Ilse Aigner, aufgegriffen. Noch im Frühjahr werden wir unseren Kunden standardisierte, vergleichbare Informationen zu Produktinhalten anbieten. Wir wollen dabei das Ziel der Ministerin unterstützen, ein einheitliches Muster in der Kreditwirtschaft zu erarbeiten.

Gemeinsam mit dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV) und dem Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands (VÖB) arbeiten wir im Moment daran, unsere ausführlich vorhandenen Produktinformationen auf eine an das Muster des Verbraucherschutzministeriums angelehnte Form zu übertragen, die für alle Anlageprodukte einschließlich der Einlagen der Ortsbanken gelten soll. Zusammen mit den genannten Verbänden erreichen wir so 80 Prozent der Bankkunden in Deutschland.

Natürlich kann ein solches Produktinformationsblatt Beratung nicht ersetzen. Es schafft jedoch zusätzlich zur Beratung vor Ort und zu den derzeit vorhandenen ausführlichen Informationsblättern zu den einzelnen Produkten Klarheit und stellt Vergleichbarkeit her.

Zusätzlich haben die Volksbanken und Raiffeisenbanken eine Online-Kundenzufriedenheitsbefragung gestartet. Dazu hat der BVR die Genossenschaftsbanken mit Instrumenten ausgestattet, die es erlauben, die Kunden direkt über die Homepage der einzelnen Bank um Feedback zu bitten. Da diese Aktion nicht zeitlich begrenzt ist, haben die Kunden so jederzeit die Möglichkeit, ihre Bank auch online zu bewerten.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich nun noch kurz auf die volkswirtschaftlichen und gesetzlichen Rahmenbedingungen eingehen, in denen die Volksbanken und Raiffeisenbanken ihr Geschäft betreiben:

Im Jahr 2010 sehen wir wieder einem moderaten Wirtschaftswachstum entgegen. Bei vorsichtiger Schätzung ist ein Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukts von rund 1 ¼ Prozent zu erwarten. Mit einer spürbaren Beschleunigung der konjunkturellen Dynamik im Jahresverlauf rechnen wir nicht. Zwar hat die Weltwirtschaft sich wieder erholt. Allerdings wird der private Verbrauch bereits jetzt durch die wachsende Unsicherheit am Arbeitsmarkt belastet. Die Investitionen werden wegen der immer noch sehr hohen freien Produktionskapazitäten nur maßvoll ansteigen. Mit dem Auslaufen der Konjunkturprogramme Ende 2010 fällt außerdem eine wichtige Stütze der Konjunktur weg. Stattdessen wird die Wirtschaftspolitik den umgekehrten Weg, die Konsolidierung auch der deutschen Staatsfinanzen, aktiv angehen müssen. Nicht nur, weil die Bundesbürger zu Recht eine zügige Rückkehr zu soliden Staatsfinanzen erwarten. Auch die im vergangenen Jahr eingeführte Schuldenbremse fordert den Haushaltsausgleich des Bundes in 2016.

Allerdings darf die Konsolidierung nicht allein im nationalen Zusammenhang gesehen werden. Deutschland muss in Europa seiner Aufgabe als Vorbild bei der Rückführung des Defizits und später auch der Staatsschuld gerecht werden. Wenn Deutschland die Konsolidierung entschlossen voranbringt, erleichtert dies den Weg zur Gesundung der Staatsfinanzen im ganzen Euroraum. Der finanzpolitische Konsolidierungsbedarf ist nicht nur in Griechenland enorm. Im Zuge der Finanzmarktkrise steigen die Schuldenquoten in den meisten Ländern des Euroraums beunruhigend schnell an.

Daher sollte in der aktuellen Situation nicht nur über ein kurzfristiges Krisenmanagement zur Lösung der Griechenland-Krise nachgedacht werden. Was Europa braucht, ist ein „Maastricht 2“-Abkommen, um die Grundlagen der Währungsunion zu sichern. Die im Maastrichter Vertrag festgelegten Mechanismen zur Haushaltsüberwachung müssen gestärkt werden. Denn nur mit einer besseren Prävention lässt sich sicherstellen, dass zukünftigen Fehlentwicklungen rechtzeitig entgegengewirkt werden kann.

Mit ihrer konsequenten Politik ist es der Europäischen Zentralbank (EZB) bisher gelungen, ein hohes Vertrauen in die Stabilität der noch jungen europäischen Währung herzustellen. Jetzt müssen wir aufpassen, dass wir das Vertrauen der Bevölkerung in den Euro nicht beschädigen. Auch im Bereich der Einlagensicherung muss Europa im Übrigen ein Interesse daran haben, für Stabilität zu sorgen. Derzeit wird auf europäischer Ebene eine Richtlinie zur Reform der Einlagensicherung vorbereitet. Dabei wird offenbar eine weitgehende Vereinheitlichung angestrebt. Den Brüsseler Entscheidern möchte ich daher klar sagen: Gefährden Sie nicht die hohe Stabilität der Sicherungseinrichtung des BVR und das überdurchschnittlich hohe Verbraucher-

schutzniveau in der Bundesrepublik, das eine solch krisenfeste Sicherungseinrichtung bietet. Herr Hofmann wird das Thema Sicherungseinrichtung heute noch näher erörtern.

Meine Damen und Herren, erlauben Sie mir an dieser Stelle noch eine Anmerkung zu einem Thema, das derzeit die Gemüter bewegt: Immer wieder fordert die Politik in Deutschland, dass systemrelevante Banken unser Gemeinwesen nicht mehr zu staatlich finanzierten Rettungsaktionen zwingen dürfen. Das bestätigt uns als genossenschaftlichen Finanzverbund in der Haltung, unsere Belastungen aus der Finanzmarktkrise aus eigener Kraft getragen zu haben. Gern wird an dieser Stelle eine Sonderabgabe für alle Kreditinstitute ins Spiel gebracht. Um es ganz deutlich zu sagen: Anfreunden können wir uns mit diesem Gedanken nicht. Diejenigen Banken, die sich in der Krise selber helfen konnten, die schwarze Zahlen schreiben und bereits nicht unerheblich Steuern in Deutschland zahlen – was sie gern tun – wären wohl diejenigen, die diese Sonderabgabe hauptsächlich leisten müssten. Diejenigen, die die größten Risiken eingingen und vom Steuerzahler gerettet werden mussten, würden wohl die Abgabe jetzt und in näherer Zukunft nicht stemmen können.

Außerdem würde eine von Banken erhobene Sonderabgabe alle Kreditinstitute in Deutschland zu einer Risikogemeinschaft zusammenfassen. Regionale Institute, die sich auf das relativ risikoarme Geschäft der Versorgung breiter Bevölkerungsschichten und des Mittelstandes mit Finanzdienstleistungen konzentrieren, würden auch zur Abdeckung von Risiken von Mitkonkurrenten aus Kapitalmarktgeschäften beziehungsweise dem risikoreicheren Investmentbanking herangezogen. Besser ist es, die zur Abwehr künftiger Gefahren erforderlichen Schritte im Aufsichtsrecht zu machen. Voraussetzung für ein auf Dauer stabiles internationales Finanzsystem ist aus unserer Sicht die konsequente Umsetzung der G20-Beschlüsse zur Disziplinierung der kapitalmarktorientiert geführten, großen internationalen Finanzkonzerne.